

Stop der Privatisierung von Stadtwerken und öffentlichen Versorgungsbetrieben

Antragsteller*in: Neal McKee
Tagesordnungspunkt: G.G3 Energie

Deine/Eure Idee (Text)

- 1 Eine generelle gesetzliche Einschränkung dieses Vorgangs sowie finanzielle
- 2 Mittel zum potentiellen Rückkauf der entsprechenden Unternehmen für die
- 3 Kommunen.

Die Privatisierung dieser essentiellen Infrastruktur birgt große Risiken, wenn marktwirtschaftliche Interessen vor die Grundbedürfnisse der Bürger*innen treten.

G4-01 Grenzen überwinden - Verkehrsverbünde zusammenlegen

Antragsteller*in: Patrick Voss
Tagesordnungspunkt: G.G4 Mobilität

Deine/Eure Idee (Text)

- 1 In NRW gibt es 3 Zweckverbände, die den SPNV ausschreiben und organisieren.
- 2 Diese drei Zweckverbände wiederum haben insgesamt 8 verschiedene Verkehrs-
- 3 /Tarifverbünde mit unterschiedlichen Tarifsystemen und Tarifgrenzen. So ist
- 4 Deutschlands größter Metropolraum (Rhein-Ruhr von Köln bis Hamm) in drei
- 5 Tarifverbünde aufgeteilt (Düsseldorf-Leverkusen (VRR-VRS), Dortmund-Kamen (VRR-
- 6 VRL)), was dazu führt, dass Monatstickets nicht für den ganzen Metropolraum
- 7 genutzt werden können. Der ÖPNV wird so unnötig geschwächt und verkompliziert.
- 8 Auch entstehen hohe Verwaltungskosten durch mehrere Vorstandsposten in den
- 9 Tarifverbänden. Als GRÜNE JUGEND NRW fordern wir deshalb eine Zusammenlegung
- 10 aller Verkehrsverbünde NRWs zu einem NRW-weitem Verkehrsverbund, der sich durch
- 11 faire Preise und ein gutes Angebot auszeichnet. So können Gelder gespart und das
- 12 Angebot optimiert werden.

Grenzen überwinden - Verkehrsverbünde zusammenlegen

G4-02 Zusammenhängendes Stadt-/Straßenbahnnetz für das Ruhrgebiet

Antragsteller*in: Patrick Voss
Tagesordnungspunkt: G.G4 Mobilität

Deine/Eure Idee (Text)

- 1 Als GRÜNE JUGEND NRW fordern wir, dass die verschiedenen Stadtbahnnetze des
- 2 Ruhrgebiets durch Landesmittel saniert werden, um den Betrieb zu gewährleisten,
- 3 da die Kommunen des Ruhrgebietes den Sanierungstau von über einer Milliarde Euro
- 4 nicht tragen können. Zusätzlich fordern wir, dass bei der Sanierung auf
- 5 einheitliche Standards in Form von Spurweite, Stromversorgung und
- 6 Zugsicherungstechnik gesetzt wird. Mittelfristig sollen so die einzelnen Systeme
- 7 zu einem großen Stadtbahnsystem zusammenwachsen. Der Ausbau des Netzes soll
- 8 größtenteils durch Landes- und Bundesmittel finanziert werden.

Zusammenhängendes Stadt-/Straßenbahnnetz für das Ruhrgebiet

G4-03 Kommunale Verkehrsgesellschaften möglichst zusammenlegen

Antragsteller*in: Patrick Voss
Tagesordnungspunkt: G.G4 Mobilität

Deine/Eure Idee (Text)

- 1 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert ein Streben nach Zusammenlegen der kommunalen
- 2 Verkehrsgesellschaften NRWs. Dadurch können viele Gelder (z.B. durch gemeinsamen
- 3 Einkauf von Bussen und Straßen-/Stadtbahnen, weniger Vorstandsposten) gespart
- 4 werden und ein interkommunales Bus- und Straßen-/Stadtbahnnetz leichter
- 5 umgesetzt und organisiert werden.

Kommunale Verkehrsgesellschaften möglichst zusammenlegen

I1 Ein zusammenhängendes Radschnellwegenetz

Antragsteller*in: Patrick Voss
Tagesordnungspunkt: G.G4 Mobilität

Deine/Eure Idee (Text)

- 1 Die ersten Radschnellwege in NRW werden oder sind bereits gebaut. Dies begrüßen
- 2 wir als GRÜNE JUGEND NRW sehr, fordern jedoch die Fortführung des
- 3 kontinuierlichen Ausbaus mit dem Ziel eines großen NRW-weitem
- 4 Radschnellwegenetzes anstelle von mehrerer "kleinerer" Netze. Auch soll vor Ort
- 5 eine qualitativ hochwertige Radinfrastruktur durch Fördermittel geschaffen
- 6 werden. Verknüpfungspunkte zum ÖPNV dürfen ebenfalls nicht außer Acht gelassen
- 7 werden.

Begrenzung der Lohnspreizung in landeseigenen Betrieben

Antragsteller*in: Cylia Ungar , Nadja Hamelmann, Inpayogi Yogendran, Sebastian Klick, Nils Kriegeskorte

Tagesordnungspunkt: S.S1 Arbeit & Soziales

Deine/Eure Idee (Text)

- 1 Wir wollen eine Höchstgrenze der Lohnspreizung für alle Unternehmen einführen.
- 2 Wir fordern daher als ersten Schritt, dass in allen landeseigenen Betrieben und
- 3 vom Land beauftragten Betrieben eine Höchstgrenze für die Lohnspreizung
- 4 eingehalten wird.

Die Diskrepanz zwischen Gehältern der Führungspositionen und einfacher Angestellten bzw. Aushilfskräften ist in den vergangenen Jahren zunehmend gestiegen. Dieser steigenden sozialen Ungleichheit wollen wir mit der Höchstgrenze entgegenwirken.

Mehr Schulen im ländlichen Raum anstatt größerer Klassen

Antragsteller*in: Cylia Ungar
Tagesordnungspunkt: B.B1 Schule

Deine/Eure Idee (Text)

- 1 Die Grüne Jugend fordert, dass die Schulstruktur in NRW aufrecht gehalten werden
- 2 muss, besonders in ländlichen Regionen. Es dürfen keine Schulen geschlossen
- 3 werden, nur, weil bestimmte Klassengrößen nicht erreicht werden. Dies gilt
- 4 insbesondere für Grundschulen.

In den letzten Jahren wurden im ländlichen Raum viele Schulen mit der Begründung geschlossen, dass zu wenig Kinder/Jugendliche im Einzugsgebiet der Schule leben, um bestimmte Klassengrößen zu erreichen. Dabei wäre es besser für die Bildung der Kinder/Jugendlichen, wenn sie in kleineren Klassen lernen und auch im ländlichen Raum eine Auswahl von verschiedenen Grundschulen bzw. weiterführenden Schulen hätten, da dies die Schulen dazu bringen könnte, mehr Förderungsprogramme anzubieten, um eine attraktive Schulwahl zu bleiben.

I5 Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems

Antragsteller*in: Nick Linsel
Tagesordnungspunkt: B.B1 Schule

Deine/Eure Idee (Text)

- 1 An die Stelle des aktuellen dreigliedrigen Schulsystems soll schnellstmöglich
- 2 eine inklusive Gesamtschule für alle treten.

Das dreigliedrige Schulsystem selektiert und grenzt so ganze Schüler*innengruppen aus. Die Chancen für Absolvent*innen von Haupt- und Realschule im Berufsleben werden immer geringer. Wie die mickrigen Übergangszahlen von Jugendlichen aus bildungsferneren Haushalten beispielsweise auf Hochschulen belegen, ist die soziale Mobilität junger Menschen deutlich eingeschränkt. Durch eine inklusive Gesamtschule erhalten alle Schüler*innen NRW's von Anfang an dieselben Chancen auf den höchsten Abschluss. So wird eine gute Bildung unabhängig von der Herkunft garantiert.

17 Kommunales und Landeswahlrecht für alle

Antragsteller*in: Nick Linsel

Tagesordnungspunkt: G.G1 Geflüchtete, Migration, Integration

Deine/Eure Idee (Text)

- 1 Auch als Geflüchtete oder Migrant*innen mit dauerhafter Aufenthaltsgenehmigung
- 2 sollten alle Einwohner*innen NRW's ein Recht auf politische Teilhabe besitzen
- 3 und wahrnehmen können. Das Land soll daher das kommunale Wahlrecht sowie das
- 4 Landeswahlrecht für alle Menschen, die zurzeit bei uns leben, zugänglich machen.

Politische Teilhabe stellt einen bedeutenden Schritt zur Integration von Geflüchteten und Migrant*innen dar. Nur als mündige Bürger*innen können sich jene in der Gesellschaft akzeptiert fühlen und so unter anderem auch über ihr eigenes Schicksal entscheiden. Es darf keine Bürger*innen zweiter Klasse geben, die von den politischen Entscheidungsprozessen aufgrund ihrer Herkunft ausgeschlossen werden, obwohl sie Einwohner*innen des Landes NRW sind.

I2 Polizeiliche Verbunddateien auf den Prüfstand!

Antragsteller*in: Marius Kühne
Tagesordnungspunkt: D.D3 Innenpolitik

Deine/Eure Idee (Text)

- 1 Bundes- und Landespolizeibehörden führen zahlreiche Verbunddateien, in denen sie
- 2 deliktsbezogen Straftäter*innen, aber auch Verdachtsfälle speichern. So
- 3 existieren z.B. die Dateien "Gewalttäter Sport" oder "Politisch motivierte
- 4 Kriminalität - links", in denen sich zahlreiche Personen finden, die niemals
- 5 verurteilt wurden. Häufig reicht der bloße Verdacht oder die räumliche Nähe zu
- 6 einer begangenen Straftat für eine Eintragung, die wiederum zu bundesweiten
- 7 Stadionverboten, Ausreiseverboten bei Großdemonstrationen (z.B. G8-Gipfeln) und
- 8 beruflichen Nachteilen führen können. Diese Dateien müssen umfangreich auf ihren
- 9 Sinn und Zweck sowie auf die Einhaltung des Datenschutzes überprüft werden!

I3 Eine*n Polizeibeauftragte*n für NRW!

Antragsteller*in: Marius Kühne

Tagesordnungspunkt: D.D3 Innenpolitik

Deine/Eure Idee (Text)

- 1 Die Ereignisse in der Kölner Silvesternacht sowie die immer wieder umstrittenen
- 2 Polizeieinsätze bei Demonstrationen und Fußballspielen machen deutlich, dass es
- 3 eine unabhängige Instanz braucht, die Missstände im Polizeibereich aufklärt.
- 4 Diese*r Polizeibeauftragte*r soll mit umfassenden Ermittlungskompetenzen
- 5 ausgestattet sein, vom Parlament gewählt und diesem gegenüber verantwortlich
- 6 sowie für Bürger*innen und Polizeibeamt*innen gleichermaßen zugänglich sein.
- 7 Auch sollte diese Person proaktiv darauf hinwirken können, strukturelle Defizite
- 8 z.B. in der Polizeiausbildung zu beheben.

14 Versammlungsgesetz liberalisieren - Demonstrationsrecht verwirklichen

Antragsteller*in: Marius Kühne
Tagesordnungspunkt: D.D3 Innenpolitik

Deine/Eure Idee (Text)

- 1 NRW sollte von seiner Gesetzgebungskompetenz Gebrauch machen und ein liberales
- 2 Versammlungsgesetz beschließen. Sinnvolle Änderungen wären eine Einschränkung
- 3 von Personenkontrollen bei Demonstrationen, sodass diese nur noch bei
- 4 konkreten Hinweisen auf mitgeführte Waffen stattfinden dürfen. Zudem sollten
- 5 Verstöße gegen das Vermummungsverbot nicht mehr als Straftat, sondern nur noch
- 6 als Ordnungswidrigkeit gelten. Dies würde einerseits unserem Ideal, für die
- 7 eigene Meinung "Gesicht zu zeigen" entsprechen, aber gleichzeitig auch der
- 8 Notwendigkeit des Selbstschutzes vor Nazi-Fotografen Rechnung tragen.

Seit der Föderalismusreform 2006 können die Länder eigene Versammlungsgesetze beschließen. Tun sie dies nicht, gilt weiterhin das Versammlungsgesetz des Bundes. NRW könnte - ähnlich wie Schleswig-Holstein 2015 - mit einem eigenen Gesetz zahlreiche Regelungen des Bundesgesetzes im Sinne der Versammlungsfreiheit entschärfen.

18 Modellprojekt "Legale Cannabisabgabestelle"

Antragsteller*in: Nick Linsel
Tagesordnungspunkt: D.D4 Recht & Justiz

Deine/Eure Idee (Text)

- 1 Die Landesregierung soll ein Modellprojekt zur legalen Cannabisabgabe an
- 2 Bürger*innen ab 18 Jahren nach dem Vorbild der Bezirksregierung Berlin
- 3 Kreuzberg-Friedrichshain beantragen.

Der Kampf gegen Drogen im Gesamten, insbesondere aber gegen Cannabis ist nicht zu gewinnen. Wir wissen alle über die Folgen der Stigmatisierung und Kriminalisierung von Konsumenten Bescheid. Eine grüne Landesregierung muss ihrem Namen gerecht werden und ein solches Projekt in die Wege leiten.

I6 Frühzeitige Pension der kommunalen Wahlbeamten abschaffen

Antragsteller*in: Felix Frauendorf

Tagesordnungspunkt: N.N2 Finanzen

Deine/Eure Idee (Text)

- 1 Die kommunalen Wahlbeamte (Bürgermeister, Landräte, Beigeordnete) erhalten schon
- 2 nach 8 jähriger Wartezeit und der Vollendung des 45. Lebensjahres
- 3 Pensionsansprüche. (vgl. Landesbeamtengesetz §119 Abs. 4). Dieses Privilig gilt
- 4 es abzuschaffen und es soll das normale Renteneintrittsalter wie bei jedem
- 5 Arbeitnehmer festgesetzt werden.

Dieses besondere Privilig kostet nicht nur unnötig Steuergelder, sondern schadet auch dem Ansehen der Politiker. Es ist keinem arbeitenden Mensch zu vermitteln, wieso bestimmte Wahlbeamte schon 20 Jahre eher in Rente gehen können als normal arbeitende Arbeitnehmer.